

Brandbrief



„Keine Zeit für Sprüche“

Stephan Weil, Spitzenkandidat SPD

Hannover, den 06.10.2022

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Wirtschaftsminister,

im August ist den Mitgliedern des Niedersächsischen Landtages, den Fraktionen und Ihnen direkt ein Offener Brief zugesandt worden. In diesen wurde die prekäre Lage der niedersächsischen Studentenwerke und die der Studierenden aufgezeigt. Seitdem hat sich die Situation der Studierenden weiter verschärft und zu den sich zuspitzenden existenziellen Sorgen und Nöten der Studierenden und der Studentenwerke, werden zunehmend massive Einsparungen an den Fakultäten der verschiedenen Universitäten wirksam und verschlechtern die Studiensituation weiter.

Ernüchternd mussten wir in der Nachfolge des letzten Briefes feststellen, dass verbindliche Zusagen und zeitnahe, belastbare Lösungsansätze zu den damaligen Forderungen ausgeblieben sind.

Die erste Reaktion kam von ihrem Wissenschaftsminister, Herr Björn Thümler, der den niedersächsischen Studentenwerken mit bis zu €10 Mio -aufgeteilt für noch dieses und das folgende Kalenderjahr zu je €5 Mio- in Aussicht gestellt hat, jedoch mit der Zusatzinformation, dass er aktuell leider nicht wisse, woher dieses Geld kommen könne.

Genau diese Summe würde bspw. sehr einfach generiert werden können, wenn die Niedersächsischen Staatskanzlei ihren Arbeiten wieder umfänglich nachkommt. Beides ist dadurch zu erreichen, indem man das Niedersächsische Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, unter der momentanen Leitung von Frau Ministerin Birgit Honé, wieder auflöst, die Arbeiten samt Arbeitsbereichen erneut umstrukturiert und so der Staatskanzlei wiedereingliedert. Die so eingesparten Gelder könnten langfristig als Unterstützung der Niedersächsischen Studentenwerke fließen.

Auf mehrmalige Gesprächsanfragen mit Ihnen, Herr Ministerpräsident, kam leider keine Antwort. Wir haben daraufhin umfassende Gespräche mit Vertretern der Parteien, FDP, CDU, SPD und den Grünen geführt, die allesamt die Probleme in diesem Bereich erkannt haben, jedoch den Fokus auf die finale Phase des Wahlkampfes und der bevorstehenden Wahl legten, dass in dieser Situation eine unmittelbare Hilfe eher unwahrscheinlich sei.

Wir verstehen, dass die Zeit einer Wahl sehr aufreibend ist, jedoch regieren Sie dieses Land bis zur letzten Minute und unser Fokus liegt auf genau dieser Verpflichtung Ihrerseits eines/-r jeden

Bürger:innen dieses Landes gegenüber, Herr Ministerpräsident. Dass Sie erstmal auf diverse Reaktionen des Bundes warten, ist vollkommen nachvollziehbar, jedoch regt sich Unverständnis dahingehend, dass keine sofortigen Mittel zur Verfügung gestellt wurden, solchen Problemen entschlossen zu begegnen.

Bei allem gebührendem Verständnis, aber das alles verstehen wir nicht!

Wieso werden in solchen Zeiten keine landeseigenen Lösungen gefunden, die die Nöte der Studierenden mildern?

Wie kann es sein, dass keine Hilfen für die Menschen in Aussicht gestellt werden, die sie am nötigsten haben?

Bei uns Studierenden werden Hilfen zugesagt, die BAföG-berechtigt sind. Das sind jedoch gerade einmal 11% der Studierenden.

Hierbei wird nur die Minorität der Studierenden, die zudem auch noch über finanzielle Möglichkeiten, dem BAföG selbst verfügen, unterstützt!

Was ist mit den knapp 30% der Studierenden in ganz Deutschland, die gem. der Paritätischen Forschungsstelle unter die Armutsgrenze fallen?

Wieso gibt es kein Angebot seitens der KfW-Bank, dass JEDEM Studierenden ein zinsloses Darlehen, welches zur Bezuschussung der Energie-, wie Lebenskosten angeboten wird?

Es gibt viele Möglichkeiten und keine Belastbaren wurden gesucht, gefunden und sofort umgesetzt!

Kernforderungen der Studierendenschaften sind:

- Ausnahmslos alle Studierenden gelten für die Energiepauschale als empfangsberechtigt, diese mittels vereinfachter Beantragungsverfahren und einer Selbsterklärung (dabei sollte vermieden werden, dass durch eine rigide Nachweispflicht hier Anträge verhindert werden) zu beantragen.
- Die Unterstützung der niedersächsischen Studentenwerke durch das Land bei Verhandlungen von Verträgen in Energiefragen mit den hiesigen Energieanbietern.
- Eine Zusicherung, dass keinem Studierenden Gas oder Strom abgestellt wird, wenn es zu Zahlungsunfähigkeiten kommen sollte.
- Einen permanenten Anstieg der Landeshilfen (Finanzhilfe für Studentenwerke) um fünf Prozentpunkte mit Inflationsbereinigung, damit das Missverhältnis der Einnahmen zwischen Land und Studierenden wieder angeglichen wird.
- Ein Wegfall des Verwaltungskostenanteils der Semestergebühren für zwei Semester.
- Die Anerkennung, dass an niedersächsischen Hochschulen ein Investitionsstau von über 4,3 Mrd. € vorliegt und ein Maßnahmenplan entwickelt wird, wie die Hochschulen - insbesondere in der Energiekrise - finanziell und substantiell nachhaltig erhalten werden.

Die Masse der Studierenden fragt sich nicht, ob man nur ein oder gar mehrmals im Jahr in den Urlaub fahren kann. Hier geht es verdammt noch mal um das Bestreiten der Lebensumstände und das Scheitern der Lebensentwürfe vieler! Diese, unsere Gruppe, hat solche Luxusprobleme nicht!

Direkt bedarf es der Versicherung JEDEM Studierenden gegenüber, dass die Energie, bei Zahlungsschwierigkeiten, nicht abgestellt wird.

Dies zu versichern, bedarf ja keinerlei Schwierigkeiten, da diese Haltung ihrerseits indirekt getätigt worden ist. In der HAZ vom 07.07.2022 stand in einem Beitrag, dass der Wirtschaftsminister, Herr Bernd Althusmann, dies so erklärt und Sie nicht widersprochen haben.

Die prekäre finanzielle Lage liegt allerdings nicht nur bei den Studierenden und den niedersächsischen Studentenwerken vor, sondern eben auch bei den Hochschulen selbst. Seit den Demonstrationen im Mai 2021 hat sich die Finanzlage erheblich verschlechtert. Durch die globale Minderausgabe an den Universitäten, d.h. dass die Ausgaben des Landes nicht mit den steigenden Kosten von Lehre, Wissenschaft und Forschung mithalten, liegt inzwischen ein Investitionsstau von über 4,3 Mrd. € vor.

Gerade in den Krisenjahren zeigen sich dramatische Folgen, alleine an der Leibniz Universität Hannover ist abzusehen, dass im kommenden Jahrzehnt etliche Institute geschlossen und zusammengelegt werden. Schon jetzt wird die Qualität der Lehre herabgesetzt, praktische Inhalte wie Laborpraktika, Exkursionen und praktische Abschlussarbeiten nicht mehr fortgeführt werden. Entlassungen im Bereich des akademischen Mittelbaus und die Abschaffung mehrerer Professuren. Abseits davon sind bereits ganze Fakultäten entweder an der Zahlungsunfähigkeit oder halten sich nur noch mit Rücklagen über Wasser.

In einem Bundesland, in dem früher Wissenschaft und Forschung an höchster Stelle stand und nahezu jedes Jahrzehnt ein Nobelpreis nach Niedersachsen ging, ist es eine wahre Schande, was mit dem wissenschaftlichen Standort Niedersachsen passiert. Gerade jetzt während der Zeitenwende und einer drohenden Rezession gilt es die Standorte vor Ort zu stärken und in Wissenschaft, Forschung und Lehre zu investieren.

Jede Investition in die Bildung, rentiert sich schon innerhalb der nächsten zehn Jahre. Sparen sie nicht an den falschen Ecken, ansonsten droht der wirtschaftliche und wissenschaftliche Standort Niedersachsen bald gänzlich unterzugehen.

Herr Ministerpräsident, bitte sehen Sie uns nach, aber Sie haben solche Situationen im eigenen Studium nicht kennengelernt und erfahren müssen, wie wir sie in den letzten zwei Jahren gehabt haben!

Wir bedauern aufrichtig, dass Sie es nicht geschafft haben, belastbare Lösungsansätze in der scheidenden Legislaturperiode zu generieren und schauen mit sehr großen Erwartungen auf die Zeit nach der Konstitution der neuen Landesregierung und einen gewaltigen Nachtragshaushalt!

Sei es auf Podiumsdiskussionen, wie die im Bereich der niedersächsischen Studentenwerke am 01.09.2022 in Hannover oder in ihrem eigenen € 950 Mio-Wahlversprechen der SPD wurde darauf hingewiesen, dass man sich das erlauben könne, da durch die insgesamt Verteuerung ein Überschuss an Steuergeldern im Jahr 2022 erwirtschaftet worden sei. An finanziellen Problemen Geld kann es demnach nicht liegen.

Für uns hat es eher den Anschein, dass die Initiative der Entscheidung auf den letzten Metern fehlen würde.

Herr Ministerpräsident, sie sagen, es sei "Keine Zeit für Sprüche", damit haben sie recht. Sorgen Sie dafür, dass ihr gesagtes kein Spruch bleibt - sondern jetzt Taten folgen.

„Zeit für Lösungen und Zuversicht“

Bernd Althusmann, Spitzenkandidat CDU

Sehr geehrter Herr Minister Althusmann,

bitte unterstützen Sie bis zur eigentlichen Wahl Ihren Ministerpräsident, indem Sie mit Ihren Skills als Wirtschaftsminister diverse Vorgehensweisen unterstützen, die o. g. Probleme entgegenzutreten.

All die o. g. Probleme betreffen auch Sie, Herr Althusmann. Sie sind sowohl der Wirtschaftsminister als auch der stellvertretende Niedersächsische Ministerpräsident.

Somit sind Sie von uns gleichermaßen angesprochen!

Der Wissenschaftsstandort Niedersachsen leidet seit Jahren (beginnend mit der globalen Minderausgabe) unter fehlender Finanzierung.

Doch plötzlich ist nicht mehr "nur" die globale Minderausgabe Thema, sondern durch die Energiekrise und den Sanierungsstau erwarten die Fakultäten noch viel mehr Kosten. Kosten, die bereits jetzt die Qualität der Lehre und damit die Ausbildung zukünftiger Wissenschaftler*innen massiv beeinträchtigt.

Allein die Naturwissenschaftliche Fakultät der Leibniz Universität Hannover soll über 20 Mio. € einsparen, und zieht deswegen in Erwägung, 15% der technischen Mitarbeiter*innen zu kündigen, Professuren nicht zu verlängern und Exkursionen zu streichen. Weiterhin sollen einige Institute, die seit Jahren hochwertige Arbeit leisten, zusammengelegt werden, obwohl der fachliche Zusammenhang nicht einmal annähernd zu sehen ist.

Wollen Sie in einem Niedersachsen regieren, in dem der Wissenschaft durch die Sparmaßnahmen Landespolitik solche Einschränkungen auferlegt werden, dass diese im europäischen, aber auch im bundesweiten Vergleich massiv abfällt?

Wir hoffen, dass dies nicht der Fall ist, und Sie bereits jetzt die Zeichen der Zeit sehen und der für uns wahrnehmbare Untergang noch abgewendet werden kann. Dies bedarf jedoch kurzfristiger, schneller Aktivität, die wir von allen Politiker*innen, die dieses Land vertreten wollen, erwarten!

SOS Studiwerk

Landesastenkonzferenz Niedersachsen

Bündnis für studentische Belange

freier Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs)